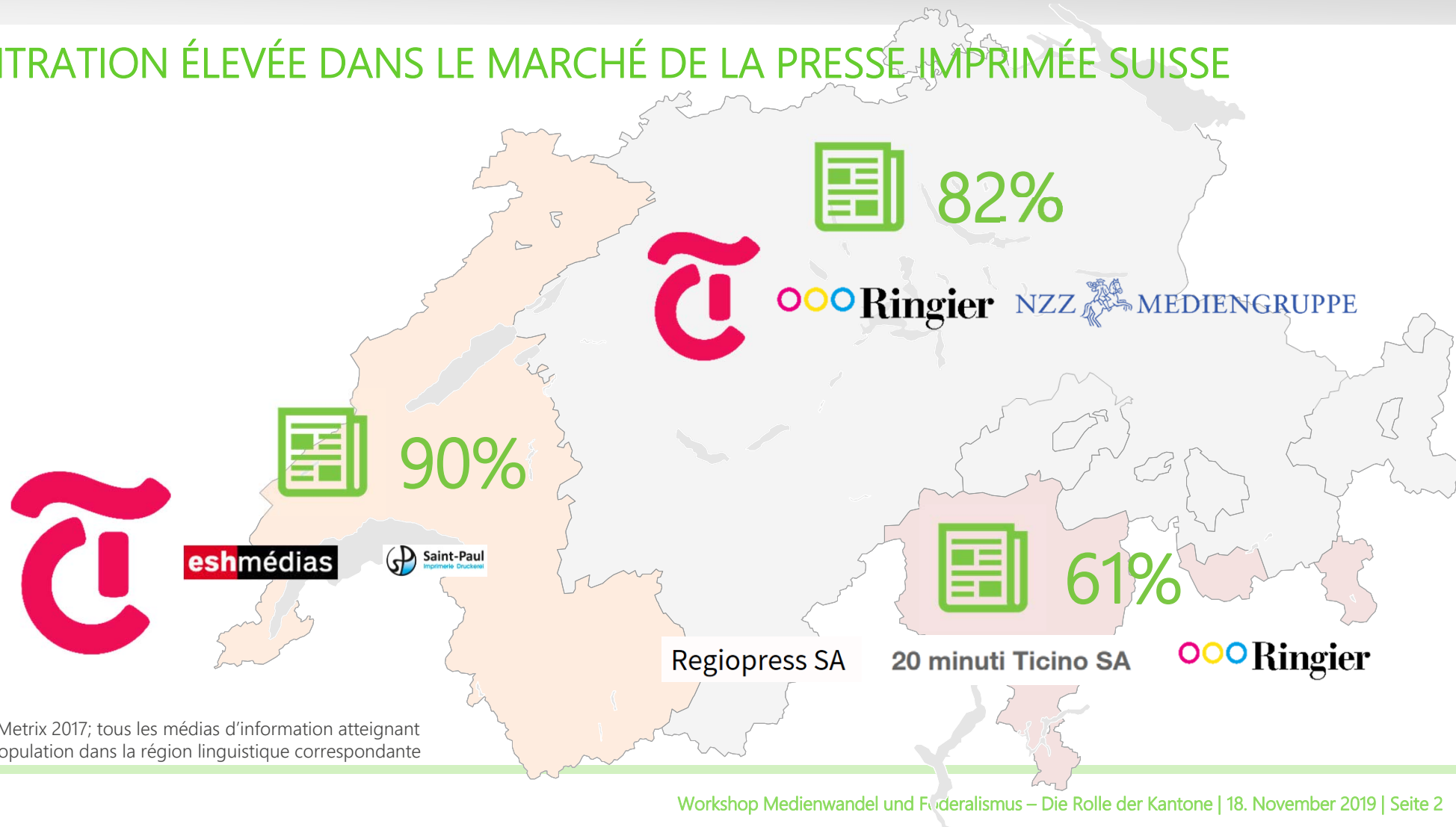


Concentration des médias en Suisse

Extrait de l'Annuaire Qualité des médias
Schweiz | Suisse | Svizzera

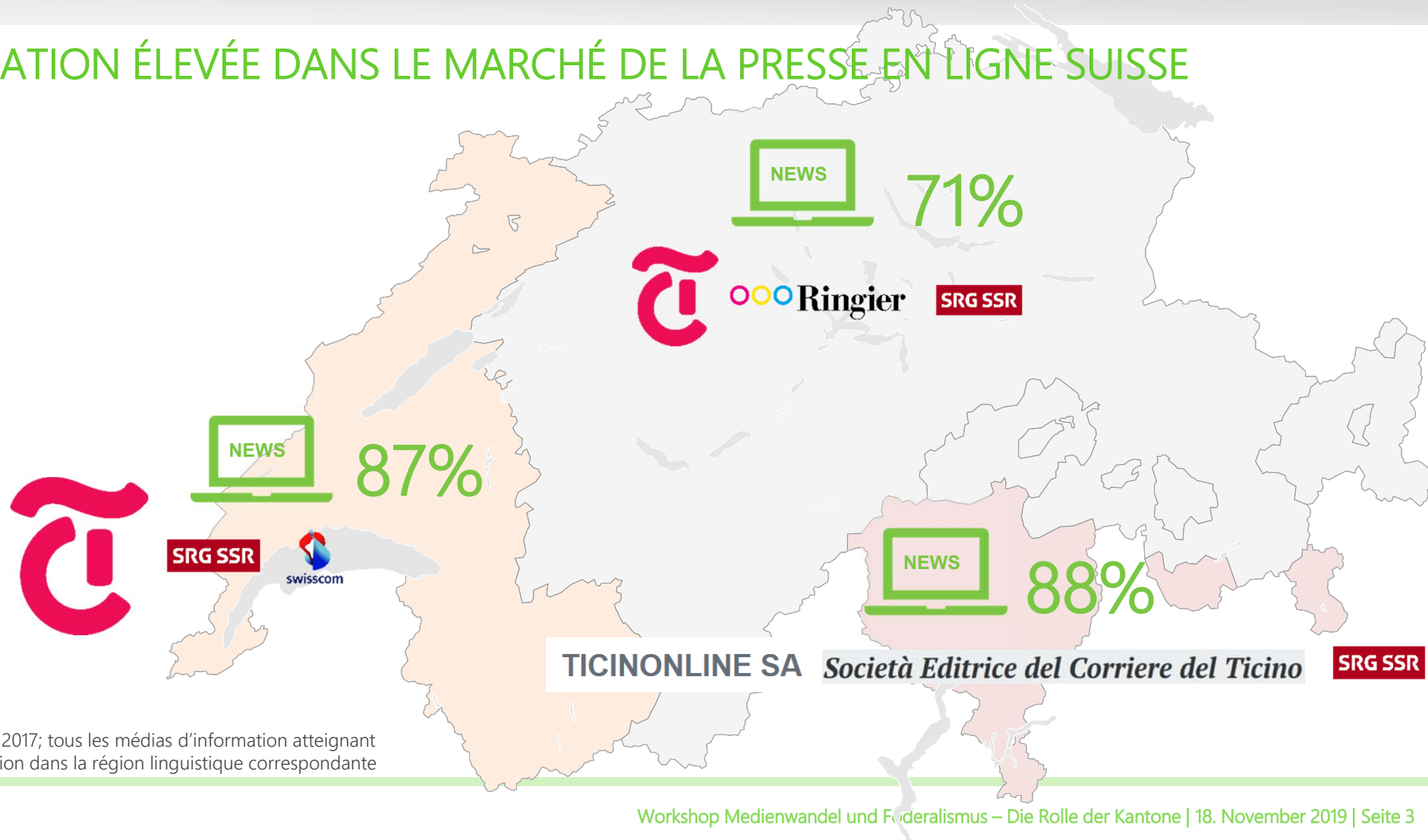


CONCENTRATION ÉLEVÉE DANS LE MARCHÉ DE LA PRESSE IMPRIMÉE SUISSE



Source: WEMF, Net-Matrix 2017; tous les médias d'information atteignant plus de 0.5% de la population dans la région linguistique correspondante

CONCENTRATION ÉLEVÉE DANS LE MARCHÉ DE LA PRESSE EN LIGNE SUISSE



Source: WEMF, Net-Metrix 2017; tous les médias d'information atteignant plus de 0.5% de la population dans la région linguistique correspondante

COMPARAISON DE TEXTES AUTOMATISÉE À L'AIDE DU COEFFICIENT JACCARD



Le procédé d'analyse détermine les articles jumeaux dans la couverture médiatique.

12 journaux de la Suisse alémanique, 7 journaux de la Suisse romande

Échantillon dans la période du 1er janvier au 31 mars 2018 (n = 8'936 articles)

LES COOPÉRATIONS ÉDITORIALES MENACENT LA CONCURRENCE JOURNALISTIQUE



40%

des articles analysés traitant de la politique paraissent simultanément dans au moins deux journaux.

Source: Comparaison de textes automatisée (fög). Base de données: 19 quotidiens suisses, 6 jours aléatoires entre le 1.1.2017 et le 31.3.2018 (n= 8963)

BEAUCOUP D'ARTICLES IDENTIQUES DANS LA COUVERTURE SUR LA POLITIQUE NATIONALE



54% articles partagés sur la politique nationale



48% articles partagés sur la politique internationale



8% articles partagés sur la politique locale/régionale

Source: Comparaison de textes automatisée (fög). Base de données: 19 quotidiens suisses, 6 jours aléatoires entre le 1.1.2017 et le 31.3.2018 (n= 8963)

LES RÉDACTIONS CENTRALES DIMINUENT LA DIVERSITÉ. UN EXEMPLE:

Tages  Anzeiger

BZ BERNER ZEITUNG

Der Bund

LES RÉDACTIONS CENTRALES ONT UN EFFET NÉGATIF SUR LA DIVERSITÉ

Avant

Après



Avant l'introduction de la rédaction centrale incluant Tages-Anzeiger, Bund et Berner Zeitung, environ un tiers des articles rédactionnels paraissaient dans au moins deux des trois quotidiens.

Source: Comparaison de textes automatisée (fög). Période considérée 1.1.2017 bis 31.3.2018 (n= 8963)

LES RÉDACTIONS CENTRALES ONT UN EFFET NÉGATIF SUR LA DIVERSITÉ

Avant

Après



Après l'introduction de la rédaction centrale incluant Tages-Anzeiger, Bund et Berner Zeitung, la proportion des articles rédactionnels partagés monte de 17 points de pourcentage à 55%.

Source: Comparaison de textes automatisée (fög). Période considérée 1.1.2017 bis 31.3.2018 (n= 8963)

LES RÉDACTIONS CENTRALES ONT UN EFFET NÉGATIF SUR LA DIVERSITÉ

Avant

Après



Avant l'introduction de la rédaction centrale incluant **Tages-Anzeiger**, **Bund** et **Berner Zeitung**, moins que la moitié des articles **d'opinion** (commentaires, éditoriaux) paraissaient dans au moins deux des trois quotidiens.

Source: Comparaison de textes automatisée (fög). Période considérée 1.1.2017 bis 31.3.2018 (n= 8963)

LES RÉDACTIONS CENTRALES ONT UN EFFET NÉGATIF SUR LA DIVERSITÉ

Avant

Après



Après l'introduction de la rédaction centrale incluant **Tages-Anzeiger, Bund et Berner Zeitung**, la proportion des articles d'opinion (commentaires, éditoriaux) partagés monte de 28 points de pourcentage à 68%.

Source: Comparaison de textes automatisée (fög). Période considérée 1.1.2017 bis 31.3.2018 (n= 8963)

MORE OF THE SAME

Tages-Anzeiger - Samstag, 26. Mai 2018

Wirtschaft 11

Leitartikel Die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird, will das Finanzsystem bändigen und sichern. Leider würde sie das Ziel nicht erreichen - im Gegenteil. *Von Markus Diem Meier*

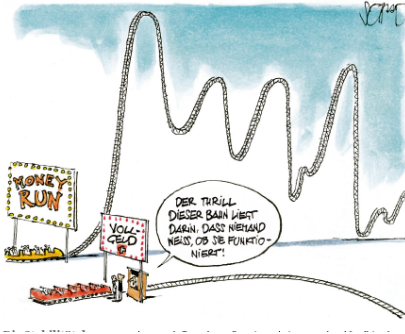
Bastos darf Angola nicht mehr verlassen

Unnötig und riskant

Früher vor zehn Jahren säuberte sich das internationale Finanzsystem eines kollektiven Unrechts. Letztlich geschleuderte hochrentable Spekulationen auf den US-Börsenmarkt haben weltweit die Banken angriffslos einer extremen Illusionen- und Notensubstanz konfrontiert. Nur dank der Rettung durch Steuerzahler und Notenbanken konnte ein Totalsturz der Weltwirtschaft verhindert werden. In der Schweiz musste die UBS gesteuert werden. In beste wurden die Folgen dieser Krise nach:

Eine der Folgen ist die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird. Sie kam vor dem Hintergrund der traumatischen Ereignisse von 2008 zustande. Die Zählung der Banken ist die Hauptursache - ein sehr legitimes Anliegen. Doch um dieses Ziel zu erreichen, ist sie nicht geeignet.

Lobenswerte Wirkung
 Konkret will die Initiative den Banken die Möglichkeit erlauben, selbst Geld zu schöpfen. Durch ihre Kreditvergabe hochgradig, das was wir unseren Kunden für allgäufige Zahlungen verwenden können. Das soll mit der Initiative enden. Alle Geld soll künftig nur noch von der Schweizerischen Nationalbank stammen, genauso wie das Franken. Erst dann soll es richtige Geld - oder eben Vollgeld - sagen die Initiatoren. Das künftige Geld soll unseren Bankkunden dienen die Banken nur noch verwenden, dem Kreditkollaps wäre entgegen. Für Kredite würden die Banken dann Geld von Spurner oder



Für den durch das Datenleck Paradise Papers bekannte gewordenen Geschäftsmann Jean-Claude Bastos tun sich eine reue Front auf. Er ist nun auch in Angola im Visier der Behörden. Die dortige Staatsanwaltschaft hat ihn gemäss der englischen Zeitung «The Guardian» zu einer Befragung vorgeladen. Die Ermittlungen stehen im Zusammenhang mit einer Untersuchung über den angolanischen Staatsfonds, den Bastos bis vor kurzem mit unstrittiger Weisheit verwaltet und davon selber stark profitiert hat. Als Bastos nach der Befragung das Land verlassen wollte, musste er gemäss dem Zeitungartikel seine beiden Pässe aus der Schweiz und Angola abgeben. Nun sitzt er im schweizerischen Landesgefängnis, wie ein kauder bester. Bastos äussert sich nicht zur aktuellen Lage. Über einen Sprecher bestätigt er lediglich, dass seine Firma Quantum Global und er selber schon seit ein paar Wochen mit den angolanischen Behörden kooperieren.

Somit befinden sich nun schon die Behörden von vier Ländern mit Bastos. Vergangene Woche durchsuchte die Eidgenössische Steuerverwaltung seine Schweizer Büros. Sie ermittelte wegen Verdachts auf schwere Steuerdelikte. Die Bundesanwaltschaft in Berna gab bekannt, im Zusammenhang mit strafrechtlichen Delikten gegen das angolanische Staatsfonds eine Strafuntersuchung eröffnet zu haben. Zuvor hatten schon Gerichte in Großbritannien und Mexiko Konten von Bastos und dessen Firmen blockiert. (bwo)

Griechenland bald über dem Berg

Der Bund - Samstag, 26. Mai 2018

Wirtschaft

Leitartikel Die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird, will das Finanzsystem bändigen und sichern. Leider würde sie das Ziel nicht erreichen - im Gegenteil. *Markus Diem Meier*

Unnötig und riskant

Früher vor zehn Jahren säuberte sich das internationale Finanzsystem eines kollektiven Unrechts. Letztlich geschleuderte hochrentable Spekulationen auf den US-Börsenmarkt haben weltweit die Banken angriffslos einer extremen Illusionen- und Notensubstanz konfrontiert. Nur dank der Rettung durch Steuerzahler und Notenbanken konnte ein Totalsturz der Weltwirtschaft verhindert werden. In der Schweiz musste die UBS gesteuert werden. In beste wurden die Folgen dieser Krise nach:

Eine der Folgen ist die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird. Sie kam vor dem Hintergrund der traumatischen Ereignisse von 2008 zustande. Die Zählung der Banken ist die Hauptursache - ein sehr legitimes Anliegen. Doch um dieses Ziel zu erreichen, ist sie nicht geeignet.

Lobenswerte Wirkung
 Konkret will die Initiative den Banken die Möglichkeit erlauben, selbst Geld zu schöpfen. Durch ihre Kreditvergabe hochgradig, das was wir unseren Kunden für allgäufige Zahlungen verwenden können. Das soll mit der Initiative enden. Alle Geld soll künftig nur noch von der Schweizerischen Nationalbank stammen, genauso wie das Franken. Erst dann soll es richtige Geld - oder eben Vollgeld - sagen die Initiatoren. Das künftige Geld soll unseren Bankkunden dienen die Banken nur noch verwenden, dem Kreditkollaps wäre entgegen. Für Kredite würden die Banken dann Geld von Spurner oder

dabei wird aber auch deutlich, dass es für den Alltag der Schweizerinnen und Schweizer keine Bedeutung hat, ob man eine Bank oder die Nationalbank das Geld abschöpfen schließt, solange Letztere für dessen stabilen Wert sorgt und sorgen kann. Und das tut sie. Die Stabilität des Franken war nicht einmal während der Finanzkrise infrage gestellt.

Sieht man die Geldscheinfabrik als zentrale Aussage der Initiatoren, dass Banken letztlich in beliebigem Umfang Geld selber schöpfen können, ist zudem fabelhaft. Es ist zwar richtig, dass die Banken durch die Vergabe von Krediten das Geld schaffen, das wir auf den Konten für Zahlungen verwenden. Aber die Nachfrage nach Krediten, der Bedarf der Kunden an Bankleistungen, die Reservenvorstellungen, das Einverständnis und der Wettbewerb untereinander setzen ihnen dabei Grenzen.

Das grösste Problem mit der Vollgeldinitiative ist, dass sie die Gefahren nicht beseitigen kann, die mit dem Finanzsystem verbunden sind. Im angolanischen Staatsfonds eine Strafuntersuchung eröffnet zu haben. Zuvor hatten schon Gerichte in Großbritannien und Mexiko Konten von Bastos und dessen Firmen blockiert. (bwo)

Das grösste Problem mit der Vollgeldinitiative ist, dass sie die Gefahren nicht beseitigen kann, die mit dem Finanzsystem verbunden sind. Im angolanischen Staatsfonds eine Strafuntersuchung eröffnet zu haben. Zuvor hatten schon Gerichte in Großbritannien und Mexiko Konten von Bastos und dessen Firmen blockiert. (bwo)



Bank ist die Bürger abgeben können soll. Was die Initiatoren als grosses Fortschritt werten, ist eine grosse Gefahr. Denn die Stabilität des Franken war nicht einmal während der Finanzkrise infrage gestellt.

Früher vor zehn Jahren säuberte sich das internationale Finanzsystem eines kollektiven Unrechts. Letztlich geschleuderte hochrentable Spekulationen auf den US-Börsenmarkt haben weltweit die Banken angriffslos einer extremen Illusionen- und Notensubstanz konfrontiert. Nur dank der Rettung durch Steuerzahler und Notenbanken konnte ein Totalsturz der Weltwirtschaft verhindert werden. In der Schweiz musste die UBS gesteuert werden. In beste wurden die Folgen dieser Krise nach:

Eine der Folgen ist die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird. Sie kam vor dem Hintergrund der traumatischen Ereignisse von 2008 zustande. Die Zählung der Banken ist die Hauptursache - ein sehr legitimes Anliegen. Doch um dieses Ziel zu erreichen, ist sie nicht geeignet.

Lobenswerte Wirkung
 Konkret will die Initiative den Banken die Möglichkeit erlauben, selbst Geld zu schöpfen. Durch ihre Kreditvergabe hochgradig, das was wir unseren Kunden für allgäufige Zahlungen verwenden können. Das soll mit der Initiative enden. Alle Geld soll künftig nur noch von der Schweizerischen Nationalbank stammen, genauso wie das Franken. Erst dann soll es richtige Geld - oder eben Vollgeld - sagen die Initiatoren. Das künftige Geld soll unseren Bankkunden dienen die Banken nur noch verwenden, dem Kreditkollaps wäre entgegen. Für Kredite würden die Banken dann Geld von Spurner oder

20 Wirtschaft

Vollgeld: Unnötig und riskant

Die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird, will das Finanzsystem bändigen und sichern. Leider würde sie das Ziel nicht erreichen - im Gegenteil.

BZ Standpunkt



Markus Diem Meier, Wirtschaftskorrespondent

Bank ist die Bürger abgeben können soll. Was die Initiatoren als grosses Fortschritt werten, ist eine grosse Gefahr. Denn die Stabilität des Franken war nicht einmal während der Finanzkrise infrage gestellt.

Früher vor zehn Jahren säuberte sich das internationale Finanzsystem eines kollektiven Unrechts. Letztlich geschleuderte hochrentable Spekulationen auf den US-Börsenmarkt haben weltweit die Banken angriffslos einer extremen Illusionen- und Notensubstanz konfrontiert. Nur dank der Rettung durch Steuerzahler und Notenbanken konnte ein Totalsturz der Weltwirtschaft verhindert werden. In der Schweiz musste die UBS gesteuert werden. In beste wurden die Folgen dieser Krise nach:

Eine der Folgen ist die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird. Sie kam vor dem Hintergrund der traumatischen Ereignisse von 2008 zustande. Die Zählung der Banken ist die Hauptursache - ein sehr legitimes Anliegen. Doch um dieses Ziel zu erreichen, ist sie nicht geeignet.

Lobenswerte Wirkung
 Konkret will die Initiative den Banken die Möglichkeit erlauben, selbst Geld zu schöpfen. Durch ihre Kreditvergabe hochgradig, das was wir unseren Kunden für allgäufige Zahlungen verwenden können. Das soll mit der Initiative enden. Alle Geld soll künftig nur noch von der Schweizerischen Nationalbank stammen, genauso wie das Franken. Erst dann soll es richtige Geld - oder eben Vollgeld - sagen die Initiatoren. Das künftige Geld soll unseren Bankkunden dienen die Banken nur noch verwenden, dem Kreditkollaps wäre entgegen. Für Kredite würden die Banken dann Geld von Spurner oder

Bank ist die Bürger abgeben können soll. Was die Initiatoren als grosses Fortschritt werten, ist eine grosse Gefahr. Denn die Stabilität des Franken war nicht einmal während der Finanzkrise infrage gestellt.

Früher vor zehn Jahren säuberte sich das internationale Finanzsystem eines kollektiven Unrechts. Letztlich geschleuderte hochrentable Spekulationen auf den US-Börsenmarkt haben weltweit die Banken angriffslos einer extremen Illusionen- und Notensubstanz konfrontiert. Nur dank der Rettung durch Steuerzahler und Notenbanken konnte ein Totalsturz der Weltwirtschaft verhindert werden. In der Schweiz musste die UBS gesteuert werden. In beste wurden die Folgen dieser Krise nach:

Eine der Folgen ist die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird. Sie kam vor dem Hintergrund der traumatischen Ereignisse von 2008 zustande. Die Zählung der Banken ist die Hauptursache - ein sehr legitimes Anliegen. Doch um dieses Ziel zu erreichen, ist sie nicht geeignet.

Lobenswerte Wirkung
 Konkret will die Initiative den Banken die Möglichkeit erlauben, selbst Geld zu schöpfen. Durch ihre Kreditvergabe hochgradig, das was wir unseren Kunden für allgäufige Zahlungen verwenden können. Das soll mit der Initiative enden. Alle Geld soll künftig nur noch von der Schweizerischen Nationalbank stammen, genauso wie das Franken. Erst dann soll es richtige Geld - oder eben Vollgeld - sagen die Initiatoren. Das künftige Geld soll unseren Bankkunden dienen die Banken nur noch verwenden, dem Kreditkollaps wäre entgegen. Für Kredite würden die Banken dann Geld von Spurner oder

Bank ist die Bürger abgeben können soll. Was die Initiatoren als grosses Fortschritt werten, ist eine grosse Gefahr. Denn die Stabilität des Franken war nicht einmal während der Finanzkrise infrage gestellt.

Früher vor zehn Jahren säuberte sich das internationale Finanzsystem eines kollektiven Unrechts. Letztlich geschleuderte hochrentable Spekulationen auf den US-Börsenmarkt haben weltweit die Banken angriffslos einer extremen Illusionen- und Notensubstanz konfrontiert. Nur dank der Rettung durch Steuerzahler und Notenbanken konnte ein Totalsturz der Weltwirtschaft verhindert werden. In der Schweiz musste die UBS gesteuert werden. In beste wurden die Folgen dieser Krise nach:

Eine der Folgen ist die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird. Sie kam vor dem Hintergrund der traumatischen Ereignisse von 2008 zustande. Die Zählung der Banken ist die Hauptursache - ein sehr legitimes Anliegen. Doch um dieses Ziel zu erreichen, ist sie nicht geeignet.

Lobenswerte Wirkung
 Konkret will die Initiative den Banken die Möglichkeit erlauben, selbst Geld zu schöpfen. Durch ihre Kreditvergabe hochgradig, das was wir unseren Kunden für allgäufige Zahlungen verwenden können. Das soll mit der Initiative enden. Alle Geld soll künftig nur noch von der Schweizerischen Nationalbank stammen, genauso wie das Franken. Erst dann soll es richtige Geld - oder eben Vollgeld - sagen die Initiatoren. Das künftige Geld soll unseren Bankkunden dienen die Banken nur noch verwenden, dem Kreditkollaps wäre entgegen. Für Kredite würden die Banken dann Geld von Spurner oder

Bastos darf nicht weg

Früher vor zehn Jahren säuberte sich das internationale Finanzsystem eines kollektiven Unrechts. Letztlich geschleuderte hochrentable Spekulationen auf den US-Börsenmarkt haben weltweit die Banken angriffslos einer extremen Illusionen- und Notensubstanz konfrontiert. Nur dank der Rettung durch Steuerzahler und Notenbanken konnte ein Totalsturz der Weltwirtschaft verhindert werden. In der Schweiz musste die UBS gesteuert werden. In beste wurden die Folgen dieser Krise nach:

Eine der Folgen ist die Vollgeldinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird. Sie kam vor dem Hintergrund der traumatischen Ereignisse von 2008 zustande. Die Zählung der Banken ist die Hauptursache - ein sehr legitimes Anliegen. Doch um dieses Ziel zu erreichen, ist sie nicht geeignet.

Lobenswerte Wirkung
 Konkret will die Initiative den Banken die Möglichkeit erlauben, selbst Geld zu schöpfen. Durch ihre Kreditvergabe hochgradig, das was wir unseren Kunden für allgäufige Zahlungen verwenden können. Das soll mit der Initiative enden. Alle Geld soll künftig nur noch von der Schweizerischen Nationalbank stammen, genauso wie das Franken. Erst dann soll es richtige Geld - oder eben Vollgeld - sagen die Initiatoren. Das künftige Geld soll unseren Bankkunden dienen die Banken nur noch verwenden, dem Kreditkollaps wäre entgegen. Für Kredite würden die Banken dann Geld von Spurner oder

Tages-Anzeiger 26.5.2018

Der Bund 26.5.2018

Berner Zeitung 26.5.2018

fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft

Universität Zürich

Andreasstrasse 15

8050 Zürich



kontakt@foeg.uzh.ch



+41 44 635 21 11



www.foeg.uzh.ch | www.qualitaet-der-medien.ch